

Antrag Nr. 4

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 184. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 4. November 2025

Für eine solidarisch und gerechte Bildungsoffensive - Familien entlasten, System stärken

Die jährliche finanzielle Belastung von Familien durch das Schulsystem hat ein untragbares Ausmaß erreicht. Die Privatisierung von Kosten, die die öffentliche Hand zu tragen hat, untergräbt den Grundsatz der freien Bildung und verschärft die soziale Ungleichheit. Es ist irrational, ein System aufrechtzuerhalten, das den Bildungserfolg an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Eltern koppelt.

1. Materielle Gleichheit durch zentralisierte Beschaffung

Die individuelle Kaufpflicht für Schulmaterialien ist eine ineffiziente und ungerechte Praxis. Wie der letzte Preismonitor der Arbeiterkammer zu Schulartikeln zeigt, sind Familien im normalen Einzelhandel mit Preisunterschieden bis zu 100% konfrontiert. Auch wenn durch Gutscheine der Versuch einer sozialen Unterstützung gegeben ist, ist dieser viel zu unzureichend, um die Herausforderungen vieler Eltern abzufedern.

Neben der Finanzierung ist der Schulalltag geprägt von immensen zeitlichen Ressourcennotwendigkeiten und Organisationsaufgaben. Besonders für Kinder aus sozial schwächeren Familien stellt die Bewältigung schulischer Herausforderungen eine immense Belastung dar. Besonders in sogenannten Brennpunktschulen sind auch gemeinsame Aktivitäten aufgrund der finanziellen Voraussetzungen kaum möglich.

- **Ein zentrales Beschaffungssystem:** Notwendig ist die Einführung eines zentralisierten, von der Bildungsdirektion verwalteten Beschaffungssystems für alle grundlegenden Unterrichtsmaterialien. Die Kosten müssen vollständig aus

öffentlichen Mitteln gedeckt und die Materialien direkt an die Schulen verteilt werden.

- **Die Aufwertung der "Warenkorbliste":** Das Budget für die sogenannte "Warenkorbliste", über die Lehrkräfte Material bestellen, muss massiv aufgestockt werden. In seiner jetzigen Form ist das Instrument unzureichend und verschleiert lediglich den strukturellen Mangel.
- **Eine garantierte Teilhabe an Schulveranstaltungen:** Die Teilnahme an Projekt- und Sportwochen darf keine finanzielle Hürde darstellen. Ein unbürokratisch zugänglicher Fonds zur vollständigen Kostenübernahme für Familien mit geringem Einkommen ist zwingend erforderlich.

2. Psychosoziale Infrastruktur statt disziplinarischer Maßnahmen

Der Anstieg psychischer Belastungen bei Schüler:innen ist ein klares Indiz für systemische Defizite. Repressive Antworten darauf sind pädagogisch kontraproduktiv. Ein rationales System setzt auf Prävention und Unterstützung, nicht auf Sanktion und Strafen.

- **Ausbau der Unterstützungsteams:** Die Anzahl der Schulpsycholog:innen und Schulsozialarbeiter:innen muss drastisch erhöht werden. Eine permanente, niederschwellige Präsenz an jedem Standort ist das Ziel.
- **Etablierung von "School Nurses":** Nach international bewährtem Vorbild müssen Fachkräfte für Schulgesundheitspflege ("School Nurses") flächendeckend eingeführt werden. Sie dienen als kompetente erste Anlaufstelle für gesundheitliche und psychische Anliegen und entlasten das Lehrpersonal.
- **Beratung statt Strafe:** Konflikte und Regelverstöße erfordern eine Analyse der Ursachen. Anstelle von Suspendierungen oder Elternbestrafungen ist eine verpflichtende, externe Eltern- und Kinderberatung einzuführen, um nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.
- **Unterstützung für Lehrkräfte:** Auch das Lehrpersonal benötigt besseren Zugang zu externer Beratung und Supervision, um dem steigenden Druck standhalten zu können.

3. Kompromisslose Inklusion

Das öffentliche Schulsystem ist in der Pflicht, für die vulnerabelsten Gruppen die besten Bedingungen zu schaffen.

- **Bildung in Sondersituationen:** Die Ausbildung von Kindern in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie in Heilstättenschulen muss personell und materiell exzellent ausgestattet sein. Ziel ist es, den Anschluss an das Regelschulsystem nicht nur zu ermöglichen, sondern aktiv zu fördern.

Die 184. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Arbeiterkammer Wien fordert die jeweiligen Schulträger auf, Schritte für eine solidarische und gerechte Bildungsoffensive zu setzen. Extra budgetäre Mittel sollen dafür bereitgestellt werden. Die oben genannten Maßnahmen sollen auf ihre Tauglichkeit evaluiert werden und auf ihre Umsetzbarkeit überprüft werden. Es geht um nichts mehr als die Wiederherstellung des Versprechens einer chancengerechten und solidarisch finanzierten öffentlichen Schule

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------